

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend sende ich Informationen zu den
Kriegen in der Ukraine und in Westasien:

- 1. n tv: Nachfolge von Strack-Zimmermann im Verteidigungsausschuss steht fest**
- 2. Abgeordnetenwatch: Die Kontakte der Rüstungslobby in den Bundestag**
- 3. Focus: Militärexperte erklärt, warum uns im Waffenliefer-Poker mit Putin bittere Folgen drohen**
- 4. BZ: Ukraine: Wiederaufbau mit Hindernissen**
- 5. ZDF: Wiederaufbau mitten im Krieg: Was die Ukraine-Konferenz bringen soll**
- 6. BZ: Teilnehmerzahl sinkt: Schweizer Ukraine-Konferenz droht zur Luftnummer zu werden**
- 7. n tv: Kiew hofft auf russische Teilnahme an zweiter Ukraine-Friedenskonferenz**

8. NZZ: Ein Rücktritt mitten im Krieg:

Der israelische Oppositionspolitiker Benny Gantz dürfte sich verrechnet haben

9. SZ: UN-Sicherheitsrat für Nahost-Friedensplan:

„Hoffnungsvolles Zeichen“ für den Gazastreifen

10. Die Zeit: Krieg im Gazastreifen: Hamas übermittelt Antwort auf Vorschlag zu Waffenruhe

11. Domradio: Caritas ruft zu Lieferstopp für Waffen an Israel auf

Humanitäres Völkerrecht sichern

1. n tv: Nachfolge von Strack-Zimmermann im Verteidigungsausschuss steht fest

<https://www.n-tv.de/politik/13-51-Schulze-will-Ukraine-Staedtepartnerschaften-ankurbeln--article23143824.html>

12.6.2024

09:44 Nachfolge von Strack-Zimmermann im Verteidigungsausschuss steht fest

Für Kanzler Olaf Scholz wird die Lage nicht leichter: Neuer Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Verteidigung ist der FDP-Politiker Marcus Faber.

Die 38 Ausschussmitglieder wählen den 40-Jährigen bei einer Sitzung in Berlin. Faber wird Nachfolger der bisherigen Vorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die für die FDP in das Straßburger EU-Parlament einziehen wird und daher aus dem Bundestag ausscheidet.

Faber kommt aus Sachsen-Anhalt und sitzt seit 2017 im Deutschen Bundestag, seit 2018 ist er ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Der Militärexperte setzt sich vehement für eine entschiedene Unterstützung der Ukraine ein. Faber hat sich wiederholt auch dafür ausgesprochen, der Ukraine den deutschen Taurus-Marschflugkörper zur Verfügung zu stellen - was Scholz vehement ablehnt.

--

siehe auch:

<https://www.rnd.de/politik/verteidigungsausschuss-chef-faber-manchmal-braucht-es-weniger-brutalitaet-W4TLR7STHRGAPKO4PCFGB7FWSE.html>

Nachfolger von Strack-Zimmermann

Verteidigungsausschuss-Chef Faber:

„Manchmal braucht es weniger Brutalität“

Der neue Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marcus Faber (FDP), will einiges anders machen als seine Vorgängerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Er findet: Manchmal brauche es „weniger Brutalität“. Mit Bundeskanzler Olaf Scholz sieht er sich nach einem Konflikt vor zwei Jahren versöhnt.

Daniela Vates und Markus Decker

12.06.2024, 09:30 Uhr

Berlin. Im Büro von Marcus Faber hängt ein Gemälde von Wladimir Putin. Der russische Präsident steht darauf vor einer Limousine, er trägt einen schwarzen Mantel, eine rote Krawatte – und Handschellen.

Faber hat das Bild auf einer Finnlandreise entdeckt. Auf seinem Besprechungstisch liegen Überreste einer russischer Rakete, ein Mitbringsel besonderer Art aus der Ukraine. (...)

Von den rund 900 Fuchs-Transportpanzern, die die Bundeswehr ohnehin aussortiert, haben wir bisher null geliefert. Und von den 300 Leopard-Kampfpanzern der Bundeswehr haben wir 18 geliefert – für eine Front von 1300 Kilometern. Das heißt, 95 Prozent der Leos stehen noch in den deutschen Kasernen. Da ist definitiv noch Potenzial, der Ukraine zu helfen.

Faber zu Taurus: „Fachlich keinen Grund, den Widerstand aufrechtzuerhalten“

Wie sieht es mit Taurus-Marschflugkörpern aus? Sollte Deutschland die demnächst liefern – oder verzichten Sie auf diese Debatte, weil der Bundeskanzler nun mal Nein gesagt hat?

Die Debatte wurde sehr lang und breit geführt. Viele Argumente der Gegenseite haben sich inzwischen als nicht haltbar erwiesen. Von daher gibt es eigentlich fachlich keinen Grund, den Widerstand aufrechtzuerhalten.

Aber es scheint für manche inzwischen ein emotionales Thema zu sein. Vielleicht gibt es auch andere Lösungsmöglichkeiten. Manche Länder schicken der Ukraine jetzt Kampfflugzeuge, zum Beispiel Schweden.

Und an die schwedischen Kampfflugzeuge lassen sich Taurus dranhängen. Vielleicht müssen wir also keine Taurus an die Ukraine liefern, sondern können einfach welche an Schweden geben. (...)

— —

2. Abgeordnetenwatch: Die Kontakte der Rüstungslobby in den Bundestag

<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/abgeordneter-schleusteuerruestungskonzern-in-den-bundestag>

(...)

Die Kontakte der Rüstungslobby in den Bundestag

In der Rüstungsbranche geht es nicht selten um Milliardenaufträge – da empfiehlt sich ein kurzer Draht in die Politik.

Da ist zum Beispiel der US-Rüstungskonzern General Atomics, Hersteller der Kampfdrohne "Reaper" ("Sensenmann"). Cheflobbyist der Firmentochter GA Europe ist seit März 2022 Frank Sitta. Bis zur Wahl im vergangenen Jahr saß Sitta selbst noch im Bundestag: als FDP-Abgeordneter und Fraktionsvize.

Ende August tauschte sich Rüstungslobbyist Sitta mit Finanzminister Christian Lindner (FDP) aus, seinem früheren Fraktionschef. Worum es bei dem Gespräch ging, ist unbekannt. Unterlagen zu dem 15-minütigen Treffen gibt es im BMF angeblich nicht.

Ein Ministeriumssprecher sagte auf Anfrage von [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de), Sitta habe den Kontakt direkt über das Abgeordnetenbüro von Lindner aufgenommen.

Auch mit einem anderem Parteifreund ist Sitta weiterhin im Austausch: dem FDP-Verteidigungspolitiker Marcus Faber. Wenige Wochen nachdem er Cheflobbyist bei General Atomics geworden war, ließ Sitta sich bei einer Rüstungsmesse mit Faber ablichten. Man tausche sich "in unregelmäßigen Abständen" aus, so Faber.

Ein anderer Rüstungskonzern hat sich vor Kurzem ebenfalls Verstärkung ins Haus geholt. Seit Juli arbeitet Christian Blume als Lobbyist für Lockheed Martin, dem Produzenten des Kampffjets F-35. Auch Blume war zuvor im Bundestag tätig: Als Referent für Verteidigungspolitik im Abgeordnetenbüro von Marcus Faber.

siehe auch auf Seite 14:

https://esut.de/wp-content/uploads/2023/10/WTR_Wirkung_FKH_Herbst_2023.pdf

Deutsche Sicherheitspolitik in der Verantwortung

Marcus Faber

--

siehe auch:

<https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/abgeordneter-schleuste-ruestungskonzern-in-den-bundestag>

Lockheed Martin

Abgeordneter schleuste Rüstungskonzern in den Bundestag

Der US-Rüstungskonzern Lockheed Martin will die Bundeswehr mit dem Kampfjet F-35 ausstatten. Unter fragwürdigen Umständen konnte das Unternehmen kürzlich im Abgeordnetenrestaurant des Bundestags für seine Anliegen werben. Eingefädelt hatte die Lobbyveranstaltung ein Abgeordneter der SPD – die Bundestagsverwaltung fühlt sich von ihm hinters Licht geführt.

von Martin Reyher, 02.12.2022

(...)

Es geht um den SPD-Abgeordneten Andreas Schwarz. Schwarz hat in seiner Fraktion eine herausgehobene Funktion, er ist stellvertretender Sprecher für den Bereich "Haushalt". Seine Rolle als Haushaltspolitiker ist in diesem Fall relevant, doch dazu gleich mehr.

Auf dem Papier war Schwarz Anmelder der Veranstaltung und damit Gastgeber. Drei Wochen zuvor, so erklärt es ein Parlamentssprecher, hatte sein Büro die Veranstaltung bei der Bundestagsverwaltung angemeldet. Schwarz beantragte, das Restaurant am 28. September 2022 zwischen 18 und 21 Uhr mit 50 bis 60 Gästen nutzen zu dürfen.

Das Justitiariat des Bundestags gab daraufhin grünes Licht. Dem Abgeordneten sei mitgeteilt worden, er könne die Räumlichkeiten "mit seinen Gästen" in dieser Zeit nutzen.

Was Schwarz in seinem Antrag unerwähnt ließ: Hinter der "Informationsveranstaltung" steckte der milliardenschwere US-Waffenbauer Lockheed Martin. Lockheed ist eines von zahlreichen Rüstungsunternehmen, die derzeit um Aufträge des Staates aus dem 100 Milliarden Euro schweren "Sondervermögen Bundeswehr" buhlen.

(...)

Dass der Konzern im Bemühen um ein Milliardengeschäft eine Lobbyveranstaltung im Herzen des Bundestags durchführen kann, ist aus seiner Sicht ein Glücksfall. Ein Reporter des Portals The Pioneer, der das Lobbytreffen im Abgeordnetenrestaurant zufällig entdeckt hatte, berichtete von zahlreichen Fachpolitiker:innen, die der Einladung gefolgt waren.

Zu den rund 60 Gästen gehörten demnach die Abgeordneten Marcus Faber (FDP), Kerstin Vieregge (CDU) und Wolfgang Hellmich (SPD), allesamt Mitglieder im Verteidigungsausschuss.

(...)

Beim Sektempfang zu der vermeintlichen Informationsveranstaltung war ein markantes Lockheed-Werbeschild aufgestellt. Der Deutschland-Chef des Konzerns, so berichtet es der Reporter, habe sich den Abgeordneten als „ihr Gastgeber“ vorgestellt.

Ein weiterer Lobbyist habe die Gäste auf „ein wunderbares Essen“ eingestimmt, man sei erfreut, dass sie sich trotz voller Terminkalender die Zeit genommen hätten. Rund 24.000 Euro soll Lockheed Martin für den Abend gezahlt haben, unter anderem für Catering und Bewirtung durch Feinkost Käfer, dem Betreiber des Restaurants. (...)

Dass hinter Schwarz' "Informationsveranstaltung" der Rüstungskonzern Lockheed Martin steckte, wurde erst klar, als das Genehmigungsverfahren längst abgeschlossen war. Wenige Stunden vor Beginn des Lobbytreffens meldete Lockheed sich per Mail bei der für das Lobbyregister zuständigen Stelle in der Bundestagsverwaltung.

Man wolle am Abend ein parlamentarisches Abendessen ausrichten und übermittele nun Teilnehmerzahl, Kostenschätzung und Agenda. Offensichtlich wollte das Rüstungsunternehmen damit sichergehen, alle Transparenzvorschriften einzuhalten. Allerdings: Eine Pflicht zur Meldung von Lobbyveranstaltungen im Abgeordnetenrestaurant existiert für Unternehmen nicht – sie sind grundsätzlich nicht gestattet.

In der Parlamentsverwaltung fühlt man sich von Schwarz hinters Licht geführt. "Es wurde der Bundestagsverwaltung von Seiten des antragstellenden Abgeordneten der Eindruck erweckt, es handele sich um eine Veranstaltung des Abgeordneten selbst, während es sich tatsächlich wohl um eine Veranstaltung eines externen Dritten handelte, die so nicht genehmigungsfähig gewesen wäre", heißt es aus der Verwaltung.

Im Klartext: SPD-Mann Schwarz hat den Rüstungskonzern ins Abgeordnetenrestaurant geschleust. (...)

https://www.focus.de/politik/wir-haben-ein-leeres-blatt-militaerexperte-erklaert-warum-uns-im-waffenliefer-poker-mit-putin-bittere-folgen-drohen_id_260002574.html

3. Focus: Militärexperte erklärt, warum uns im Waffenliefer-Poker mit Putin bittere Folgen drohen

„Wir haben ein leeres Blatt“ Militärexperte erklärt, warum uns im Waffenliefer-Poker mit Putin bittere Folgen drohen

„Wir haben ein leeres Blatt“

Militärexperte erklärt, warum uns im Waffenliefer-Poker mit Putin bittere Folgen drohen

Autorin Georgina Rickmers

Mittwoch, 05.06.2024, 06:37

Nach langem Zögern folgt Bundeskanzler Olaf Scholz den USA: Deutsche Waffen sollen von der Ukraine nun auch gegen militärische Ziele auf russischem Boden eingesetzt werden. Militärexperte Ralph Thiele warnt eindringlich vor den möglichen schwerwiegenden Folgen einer weiteren Eskalation.

„Viele behaupten, Putin spiele Poker. In diesem Bild sitzen wir allerdings mit am Pokertisch“, sagt der Militärexperte Ralph Thiele im

Gespräch mit FOCUS online.

Die Entscheidung, ohne strategische Reflexion einfach immer weiter Waffen an die Ukraine zu liefern, bezeichnet er als „eine existenzielle Bedrohung für den Westen“. Um im Bild des Pokertisches zu bleiben: Der Westen agiere ohne klare Strategie und ohne starke Hand, so Thiele.

Der Einsatz: „nicht nur die ukrainische, sondern auch unserer eigenen Bevölkerung und Prosperität“.

Putin habe ein volles Blatt. „Wir haben ein leeres Blatt, und die Nato ebenso, denn abgesehen von den USA sind die Nato wir. Und wir haben kaum relevante militärische Fähigkeiten“, so der ehemalige Oberst der Bundeswehr.

Deutschland habe seit dem Ende des Kalten Krieges seine militärischen Fähigkeiten reduziert und es seit Kriegsbeginn versäumt, die Waffen- und Munitionskammer zu füllen und die Soldaten einsatztüchtig zu machen.

Auswirkungen an der Front

„Für Russland hat die Freigabe westlicher Waffen zum Einsatz auf russischem Boden bei Charkiw keine größeren Konsequenzen, außer dass sie sich darauf einstellen werden müssen, jetzt mehr Soldaten zu verlieren,“ meint Thiele. Putin verfüge über reichlich Soldaten und genügend Munition.

Ein Blick auf die Zahlen bestätigt das: Laut Global-Firepower-Daten verfügt Russland über 62,27 Prozent mehr Militär als die Ukraine. Dabei dürfe man nicht nur auf die Demografie Russlands schauen, wenn es um die Anzahl der Soldaten geht: „Da hat Putin dreimal so viele Männer wie die Ukraine und wirbt zudem weitere Soldaten insbesondere aus anderen postsowjetischen Ländern ab“, erklärt Thiele.

Nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums lockt Russland gezielt ausländische Soldaten mit finanziellen Anreizen, russischen Pässen sowie kostenloser Gesundheitsversorgung und Bildung. So wurden auch Arbeitsmigranten und Menschen beispielsweise aus Indien und Nepal in die russische Armee integriert.

Russland produziere zudem dreimal so viele Panzer wie die USA und habe seit Kriegsbeginn konsequent auf Kriegswirtschaft umgestellt, während der Westen in dieser Hinsicht zurückliege, so Thiele.

„Haben unsere Divisionen geplündert“

15.500 Panzer soll Putin laut Militärdatenbanken zur Verfügung haben, doppelt so viele wie die USA. Deutschland verfügt laut Global-Firepower mit nur 295 geführten Kampfpanzern über äußerst begrenzte Fähigkeiten.

„Wir Deutschen haben im Prinzip drei Divisionen, mit denen wir größere Aufgaben wahrnehmen können. Die sollten bis 2028 einsatzbereit sein, sind es jetzt aber nicht mehr, weil wir die geplündert haben, damit wir eine voll ausgerüstete Brigade nach Litauen schicken können“, sagt Thiele weiter.

Rund 5000 Bundeswehrsoldaten sollen künftig dauerhaft in Litauen stationiert werden. Ein Vorkommando mit 20 Bundeswehrsoldaten bereitet derzeit den Einsatz vor. „Für die Nato geht es um den Schutz der Ostflanke. Bis 2027 soll die Brigade stehen, um die östlichen Außengrenzen der Nato zu schützen. Wer soll diese Brigade im Fall einer Eskalation verstärken? Wir haben nichts,“ bemängelt Thiele.

Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen für den Westen

Hinzu komme: „Die Soldaten der Ukraine sind bereits körperlich und geistig erschöpft. Es fehlt an frischem Personal. Mehr Waffen werden die Soldaten nicht plötzlich in eine moderne, fitte Truppe verwandeln,“ erläutert der Experte. Seine These: Die Frontsituation bleibe schwierig und Russland werde aufgrund seiner Ressourcen und Produktionskapazitäten weiterhin die Oberhand behalten.

„Die Sanktionen des Westens gegen Russland und die fortgesetzten Waffenlieferungen an die Ukraine schwächen nicht nur die Wirtschaft der westlichen Staaten, sondern belasten auch die ohnehin mit Waffen und Munition zu knapp ausgerüstete Bundeswehr“, so Thiele. Gegenüber einem Russland, das bereit sei, „all-in“ zu gehen, sei dieses Handeln „hoch riskant“.

Er betont auch die Gefahr einer zweiten, hybriden Front, die nicht nur durch Desinformation und Cyberangriffe genährt werde, sondern auch durch illegalen Waffenschmuggel, Sabotage und Anschläge auf kritische Infrastrukturen vom Meeresboden bis zum Weltraum. "All diese Dinge haben wir trotz der gravierenden Konsequenzen nicht gut im Griff."

Dringlichkeit und Resilienz

Dabei dürfe nicht vergessen werden, so Thiele, „dass auch Teile der Politik und der Medien den Einsatz von Waffen, Truppen und Luftfahrzeugen nicht ausreichend reflektiert vorantreiben“.

Er vergleicht die aktuelle Situation mit früheren, besonnenen politischen Führern wie Brandt, Wehner, Schmidt, Kohl und Adenauer, die seiner Einschätzung nach aufgrund ihrer eigenen traumatischen Kriegserfahrungen vergleichbare Eskalationen mit Sicherheit vermieden hätten.

Eine Stimmung zu schaffen, die die deutsche Bevölkerung in ein Kriegsendagement treibt, ohne die langfristigen Konsequenzen sorgfältig abzuwägen, sei hoch riskant.

Es brauche das Ende dieses Krieges, um die Ukraine und den Westen vor noch größerem Schaden zu bewahren. Gleichzeitig müsse der Westen verstehen, dass er dringend an seiner eigenen Resilienz arbeiten müsse.

Dies sei ein wesentliches Kriterium, um die Verteidigungsfähigkeit in Zukunft zu stärken. Weiter Waffen an die Ukraine zu liefern, ohne eine politische Begleitstrategie, die energisch ein Ende des Krieges betreibt, bringe laut Thiele düstere Zeiten mit sich.

Die mangelnde strategische Ausrichtung und die schwache militärische Leistungsfähigkeit des Westens könnten sich daher als fatal erweisen, so Thiele. Die westliche Politik müsse dringend überprüft und angepasst werden, um den Herausforderungen dieser komplexen und gefährlichen Situation gerecht zu werden.

Oberst a.D. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V., Präsident von EuroDefense (Deutschland) e.V. und CEO von StratByrd Consulting.

In seiner militärischen Laufbahn war er in bedeutenden nationalen und internationalen, sicherheits- und militärpolitischen, planerischen und akademischen Verwendungen eingesetzt, darunter im Planungsstab des Verteidigungsministers, im Private Office des NATO-Oberbefehlshabers, als Chef des Stabes am NATO Defense College, als Kommandeur des Zentrums für Transformation und als Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr.

4. BZ: Ukraine: Wiederaufbau mit Hindernissen

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/ukraine-wiederaufbau-mit-hindernissen-li.2223538>

Ukraine: Wiederaufbau mit Hindernissen

Die Regierung der USA will mit dem Wiederaufbau bereits während des Krieges beginnen. Doch es gibt Probleme in Kiew.

Michael Maier

10.06.2024 17:55 Uhr

Der Wiederaufbau der Ukraine beginnt mit einem Rückschlag – offenbar wegen Streitigkeiten in Kiew:

Unmittelbar vor der Ukraine-Aufbaukonferenz in Berlin ist überraschend der Wiederaufbauchef des Landes zurückgetreten. Mustafa Najjem verwies zur Begründung am Montag laut AFP auf Spannungen mit der Regierung in Kiew.

Ihm würden bei seiner Arbeit „systematisch Hindernisse“ in den Weg gelegt, die ihn „am effizienten Ausüben meiner Funktion hindern“, schrieb Najjem auf Facebook. Er kritisierte Ministerpräsident Denys Schmyhal, der ihm die Reise zur Wiederaufbaukonferenz in Berlin verwehrt habe. Najjem war seit Anfang 2023 Chef der Wiederaufbau-Agentur des Landes.

Er warnte davor, für Infrastrukturprojekte – insbesondere Straßenreparaturen – bereitgestellte Mittel in die Verteidigung umzuleiten. Zur Begründung seines Rücktritts nannte der 42-Jährige auch Kürzungen im Budget seiner Behörde sowie die Tatsache, dass „die Gehälter der Mehrheit der Mitarbeiter um 68 Prozent gekürzt wurden“.

Zudem verzögere überbordende Bürokratie viele Projekte. Für die

Bundesregierung erklärte ihr Sprecher Steffen Hebestreit zum Rücktritt von Najjem: „Ich hab da keine Hintergründe dazu, aber das ist doch ein sehr grundsätzlicher Ansatz, den wir mit der Recovery Conference verfolgen.“ Er glaube daher nicht, dass das Handeln einer einzelnen Person über „Erfolg oder Misserfolg“ der Konferenz entscheide.

Die Financial Times sieht den Vorgang nicht so entspannt, zumal gemeinsam mit Najjem zwei für die Korruptionsbekämpfung und Beschaffung zuständige Behördenmitarbeiter am Montag ebenfalls zurücktraten.

Die FT schreibt: „Die von Najjem hinterlassene Lücke und die Abwesenheit eines Infrastrukturministers dürften Fragen zu Kiew's Fähigkeit und Entschlossenheit aufwerfen, seine kritische Infrastruktur zu schützen, da russische Streitkräfte weiterhin Luftangriffe auf ukrainische Kraftwerke fliegen und Offensiven im Osten des Landes starten.“

Die FT zitiert einen anonymen ukrainischen Regierungsbeamten: „Die USA und andere westliche Partner wollen eine normale, vorhersehbare Beziehung zu ihren ukrainischen Partnern. Im Moment verlieren sie das Vertrauen in die ukrainische Regierung aufgrund von Personalentscheidungen, die sie nicht verstehen.“

Die Sonderbeauftragte der USA für die wirtschaftliche Erholung der Ukraine, Penny Pritzker, ermahnte am Montag bei einem Pressegespräch in der amerikanischen Botschaft in Berlin die ukrainischen Politiker, beim Wiederaufbau des Landes verantwortungsvoll vorzugehen. Das „Vermächtnis“ der ukrainischen Führung werde daran gemessen, wie der Wiederaufbau gelinge.

Die Beurteilung des Vermächtnisses hänge daran, wie gut es der ukrainischen Regierung gelinge, „Reformen zu implementieren“.

Die „Menschen in der Ukraine wollen, dass sie in Wohlstand in einer unabhängigen Ukraine leben können, die in die EU und in die Nato integriert ist“.

Auf die Frage der Berliner Zeitung nach der Rolle Chinas sagte Pritzker, die Ukrainer wüssten genau, „wer ihre Freunde sind und wer nicht“. Sie wüssten auch, „dass China seine Beziehungen zu Russland nicht genutzt hat, um die Situation aufzulösen“: „China agiert verstärkt wie eine Fabrik für die russische Kriegsmaschine“, sagte Pritzker.

Im Jahr 2023 habe Russland sensible Dual-Use-Güter und -Technologien im Wert von 5,2 Milliarden Dollar aus China importiert. China nehme auch nicht an den Friedensgesprächen in der Schweiz teil. Pritzker: „China muss die Lieferung von Dual-Use-Technologie stoppen und als konstruktiver Partner in einem Friedensprozess mitwirken.“

Die Bedeutung der Ukraine im geopolitischen Wettbewerb hatte am Sonntag der republikanische Senator Lindsey Graham herausgearbeitet. Er sagte in der Sendung „Face The Nation“ von CBS, es sei wichtig, der Ukraine jetzt unter die Arme zu greifen. Die Ukraine verfüge über „zehn bis zwölf Billionen Dollar an kritischen Mineralien“, das Land sitze „auf einer Goldmine“ und könnte „das reichste Land in ganz Europa sein“.

Graham sagte: „Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, kann sie der beste Geschäftspartner werden, von dem wir je geträumt haben.“ Der einflussreiche Senator weiter: „Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin geben, damit er sie mit China teilt.“ Diese zehn bis zwölf Billionen Dollar an kritischen Mineralien könnten von der Ukraine und dem Westen genutzt werden, anstatt an Putin und China gegeben zu werden.

Es sei eine entscheidende Frage, wie der Krieg in der Ukraine ende: „Helfen wir ihnen, einen Krieg zu gewinnen, den wir uns nicht leisten können zu verlieren. Lassen Sie uns eine Lösung für diesen Krieg finden. Putin zehn oder zwölf Billionen Dollar für kritische Mineralien zu überlassen, damit er diese mit China teilen wird, ist lächerlich.“

Die Wiederaufbaukonferenz am Dienstag und Mittwoch in Berlin soll der Ukraine eine langfristige Perspektive geben. Die gemeinsam mit der Ukraine organisierte Konferenz mit rund 2000 Teilnehmern soll aber vor allem auch der Vernetzung von Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen dienen.

Penny Pritzker sagte, der Fokus werde vor allem auf den Bereichen Energie, Infrastruktur und Landwirtschaft liegen. Der amerikanische Wiederaufbauplan sehe vor, dass zunächst die Luftverteidigung gestärkt werde. Dies sei notwendig, weil Russland in der jüngsten Vergangenheit im Bereich der kritischen Infrastruktur massive Angriffe geflogen habe. Im weiteren Vorgehen soll schließlich ein Rahmen entwickelt werden, innerhalb dessen Projekte zur Kreditfähigkeit geführt werden.

Wichtig sei auch das Risikomanagement, das vor allem die Versicherungen auf Kriegsrisiken betreffe. Dies sei vor allem wichtig im Bereich der Schifffahrt, um die Exporte aus der Ukraine abzusichern. Zentral für das Gelingen des Wiederaufbaus sei die Einbindung des privaten Sektors.

Mehr als 50 amerikanische Unternehmen haben offenbar bereits ihr Interesse für Investments bekundet. Für den Energiebereich wird laut Pritzker Geoffrey R. Pyatt verantwortlich sein. Er ist im amerikanischen Außenministerium für Energieressourcen zuständig und kennt die Ukraine gut: Als Botschafter der USA war er während der Maidan-Proteste die Kontaktperson für die frühere Unterstaatssekretärin Victoria Nuland.

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat für den Wiederaufbau der Ukraine neue Finanzierungswege über den Bundeshaushalt hinaus ins Spiel gebracht. Es gehe darum, Verlässlichkeit zu schaffen, das sei für die Ukraine zentral, sagte Schulze am Montag bei einer Veranstaltung des Wirtschaftsforums der SPD kurz vor der Konferenz. Ein normaler Haushalt lebe von Jährlichkeit. Auch das deutsche Engagement aber werde verlässlicher sein müssen.

Die deutsche Finanzierung könnte laut dpa über einen internationalen Fonds sowie eine Aussetzung der Schuldenbremse erfolgen. Innerhalb der Bundesregierung laufen derzeit angesichts von Sparzwängen schwierige Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2025. Die FDP pocht darauf, dass die Schuldenbremse eingehalten wird. Schulze lehnt drastische Einsparungen in ihrem Etat ab

--

5. ZDF: Wiederaufbau mitten im Krieg: Was die Ukraine-Konferenz bringen soll

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/wiederaufbau-konferenz-berlin-faq-ukraine-krieg-russland-100.html>

Wiederaufbau mitten im Krieg: Was die Ukraine-Konferenz bringen soll

11.06.2024 | 13:39

Trotz andauernder Kämpfe in der Ukraine lädt die Bundesregierung jetzt zu einer internationalen Wiederaufbaukonferenz ein. Um was es bei dem Treffen in Berlin konkret geht.

Mit einer Wiederaufbaukonferenz will die Bundesregierung der Ukraine

eine langfristige Perspektive geben. Angesichts massiver Angriffe Russlands geht es bei dem zweitägigen Treffen ab Dienstag in Berlin auch um Nothilfe mitten im Krieg.

Die gemeinsam mit der Ukraine organisierte Konferenz mit rund 2.000 Teilnehmern soll aber vor allem auch der Vernetzung von Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kommunen dienen. Wie groß sind die Zerstörungen in der Ukraine?

Ganze Landstriche sind zerstört, Russland bombardiert seit Wochen nahezu ohne Unterlass das ukrainische Netz zur Energieversorgung. Hunderttausende Menschen sind ohne Strom.

Auch andere Bereiche wie Trinkwasserversorgung, Krankenhäuser und Schulen werden immer wieder Ziel von Zerstörungen. Die von Russland in der Ukraine bereits angerichteten Schäden werden von der Weltbank auf mindestens 486 Milliarden Dollar (rund 446 Milliarden Euro) geschätzt.

Wer nimmt an der Konferenz teil?

Die mehr als 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen ungefähr je zu einem Drittel aus Regierungen und internationalen Organisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Kommunen und Regionen. (...)

Weshalb ist eine Wiederaufbau-Konferenz mitten im Krieg nötig?

Ähnliche Konferenzen gab es 2022 schon im schweizerischen Lugano und 2023 in London. Für die Ukraine sei es wichtig, "den Blick zu weiten in die Zukunft und über den militärischen Kampf hinaus", sagt ein deutscher Regierungsvertreter.

Der Wiederaufbau sei dabei "eine ständige Aufgabe" - und wichtig auch für später sei die Vernetzung der Ukraine auf allen Ebenen mit dem Westen. Nicht ausgesprochen wird in Berlin, was im kommenden Winter passieren könnte, wenn womöglich Millionen Menschen ohne Heizung oder Strom sind.

Dies könnte eine neue Fluchtbewegung auch in Richtung Deutschland auslösen, wo seit 2022 schon über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer Schutz gefunden haben. (...)

Berlin will teilnehmenden Firmen und Investoren auch einen Überblick über bestehende Förderangebote geben. Geplant sind auch langfristige Vereinbarungen bei der Fachkräfteausbildung. Warum ist die kommunale Ebene wichtig?

Ukrainische Städte und Gemeinden können durch Know-how von Partnern im Westen profitieren, wenn es etwa um den Wiederaufbau von Elektrizitäts-, Trink- und Abwasserinfrastruktur geht. Die Erfahrungen mit kommunalpolitischen Partnerschaften seien "exzellent", heißt es aus der Bundesregierung.

Es gehe um Unterstützung "von unten". Schon jetzt gibt es demnach 200 deutsch-ukrainische Städtepartnerschaften. Vor der Konferenz zeigten Berlin zufolge auch polnische und französische Kommunen verstärkt Interesse. (...)

Spielt auch Militärhilfe eine Rolle?

Auf ausdrücklichen Wunsch der Ukraine gibt es auch eine Diskussionsrunde mit der Rüstungsindustrie. Der Schwerpunkt soll laut Bundesregierung aber auf einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz liegen. (...)

siehe auch:

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/interview-mit-anna-bjerde-weltbank-warnt-vor-vertrauensverlust-bei-ukraine-investoren/100043507.html>

Weltbank warnt vor Vertrauensverlust bei Ukraine-Investoren

Die Weltbank will den Privatsektor an Investitionen in der Ukraine beteiligen.

Die Chancen für Geldgeber seien groß, berichtet Koordinatorin Anna Bjerde zum Start der Wiederaufbaukonferenz in Berlin.

Annett Meiritz

11.06.2024 - 08:50 Uhr

(...)

6. BZ: Teilnehmerzahl sinkt: Schweizer Ukraine-Konferenz droht zur Luftnummer zu werden

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/teilnehmerzahl-sinkt-schweizer-ukraine-konferenz-droht-zur-luftnummer-zu-werden-li.2224139>

Teilnehmerzahl sinkt: Schweizer Ukraine-Konferenz droht zur Luftnummer zu werden

Zahlreiche Staaten sagen ihre Teilnahme am Bürgenstock-Treffen am Wochenende ab.

Auch Berlin spielt die Bedeutung des Gipfels herunter.

Raphael Schmeller

12.06.2024 13:52 Uhr

Teilnehmerzahl sinkt: Schweizer Ukraine-Konferenz droht zur Luftnummer zu werden

Am Wochenende findet im Luxusressort Bürgenstock am Vierwaldstättersee eine Friedenskonferenz zur Ukraine statt. Die Schweiz wollte mit dem Treffen zumindest auf diplomatischer Ebene einen Durchbruch erzielen. Ihr Image als neutrale Vermittlerin sollte helfen.

Doch noch bevor die ersten Staats- und Regierungschefs auf dem Schweizer Berg im Kanton Nidwalden eingetroffen sind, droht die Konferenz zum Fiasko zu werden. Nach einem Bericht von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) haben weitere Länder ihre Teilnahme am Gipfel abgesagt. Die Zahl der Staaten und Organisationen, die ihre Teilnahme am Friedensgipfel in der Ukraine bestätigt hätten, sei nun von 93 auf 78 gesunken, berichtete der amerikanische Sender unter Berufung auf „mehrere anonyme EU-Diplomaten“.

Die bisher bekannten Anmeldungen sind ernüchternd. Auf höchster Ebene

sind nur die üblichen Unterstützer der Ukraine wie Frankreich, Deutschland, Polen, Kanada oder die EU vertreten. Der amerikanische Präsident Joe Biden kommt dagegen nicht, er schickt Vizepräsidentin Kamala Harris. Statt in den Schweizer Bergen wird Biden am Samstag, dem ersten Tag der Ukraine-Konferenz, in Los Angeles an einer schicken Spendengala mit Hollywoodstars teilnehmen.

Wolodymyr Selenskyj hatte Biden und Chinas Staatschef Xi Jinping in den vergangenen Wochen mehrfach gebeten, in die Schweiz zu kommen. Vor zwei Wochen kam dann die offizielle Absage aus China. Man habe kein Interesse an einer Teilnahme, weil die Russische Föderation nicht teilnehme, hieß es aus Peking. Seither verdichten sich die Berichte, dass China zusammen mit Brasilien einen Gegengipfel plant – mit den Russen am Tisch.

Selenskyj zeigte sich auf einer Konferenz in Singapur letzte Woche verärgert darüber. Er warf „einigen Staaten“ vor, den Bürgenstock-Gipfel zu sabotieren.

Das bezog sich in erster Linie auf die Länder des Globalen Südens, auf deren Teilnahme Selenskyj besonderen Wert gelegt hatte. Einige werden kommen, doch die Schwergewichte zieren sich. Von Brasilien, Indien, China und Südafrika, die zusammen mit Russland die Brics-Gruppe bilden, liegt lediglich die Zusage der Inder vor. Und die dürften nur eine niederrangige Delegation entsenden.

Auch die Bundesregierung scheint die Bedeutung des bevorstehenden Bürgenstock-Gipfels herunterzuspielen. Auf eine Anfrage der BSW-Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen antwortete das Auswärtige Amt, man sehe das Treffen als „Raum für Austausch“. Zudem betonte Tobias Lindner, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in der Antwort, die der Berliner Zeitung vorliegt, dass für künftige Konferenzen über die Einbeziehung gesprochen werden müsse. (...)

Der Friedensgipfel, den die Schweiz am Wochenende auf Wunsch von Selenskyj organisiert, droht immer mehr zur Luftnummer zu werden. Selbst der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis räumte am Montag auf einer Pressekonferenz ein, dass das Treffen auf dem Bürgenstock nur als „erster Schritt“ in einem nachhaltigen Friedensprozess zu verstehen sei. Ein nachhaltiger Friedensprozess brauche die Beteiligung aller involvierten Akteure, so Cassis.

7. n tv: Kiew hofft auf russische Teilnahme an zweiter Ukraine-Friedenskonferenz

<https://www.n-tv.de/politik/13-51-Schulze-will-Ukraine-Staedtepartnerschaften-ankurbeln--article23143824.html>

12.6.2024

08:40 Kiew hofft auf russische Teilnahme an zweiter Ukraine-Friedenskonferenz

Kiew hofft nach eigenen Angaben auf eine Teilnahme Russlands an einer zweiten Friedenskonferenz zur Ukraine. Kurz vor Beginn des ersten Gipfels in der Schweiz am Wochenende sagte der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrij Jermak, per Videoschle aus Berlin, um einen möglichen Frieden auf eine breite Basis zu stellen, "werden wir mit allen Kollegen zusammenarbeiten, mit allen Ländern, die daran interessiert sind, sich zu beteiligen".

Dabei solle ein "gemeinsamer Plan" ausgearbeitet werden, "der von all diesen verantwortlichen Ländern unterstützt" wird, sagte Jermak weiter. Er sprach von "100 und mehr Ländern", Vertretern von jedem Kontinent. "Und wir suchen nach der Möglichkeit, auf dem zweiten Gipfel einen Vertreter Russlands einzuladen und diesen gemeinsamen Plan gemeinsam vorzustellen."

--

8. NZZ: Ein Rücktritt mitten im Krieg:

Der israelische Oppositionspolitiker Benny Gantz dürfte sich verrechnet haben

<https://www.nzz.ch/meinung/ein-ruecktritt-mitten-im-krieg-der-israelische-oppositionspolitiker-benny-gantz-duerfte-sich-verrechnet-haben-ld.1834587>

Kommentar

Ein Rücktritt mitten im Krieg:

Der israelische Oppositionspolitiker Benny Gantz dürfte sich verrechnet haben

Gantz hat gute Gründe, das Kriegskabinet zu verlassen – doch er geht damit ein persönliches Risiko ein. Sein Kalkül wird wohl nicht aufgehen.

Jonas Roth

11.06.2024, 16.56 Uhr

Am Sonntagabend trat ein, was sich schon lange angebahnt hatte: Benny Gantz gab seinen Rücktritt aus dem israelischen Kriegskabinett bekannt, jenem Gremium, mit dem er gemeinsam mit Ministerpräsident Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant das Land durch den Krieg führen sollte. In den Tagen nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober war er dem Kabinett beigetreten, um trotz seiner erbitterten Rivalität zu Netanyahu Einigkeit zu demonstrieren – und den Einfluss von dessen rechtsextremen Koalitionspartnern abzuschwächen.

Die ruhige, besonnene Art des Ex-Generals inmitten all des Chaos erweckte bei vielen Israeli Vertrauen und Zuversicht. Bald wiesen ihn die Umfragen als den beliebtesten Politiker im Land aus, während Netanyahu abstürzte. Auch gegen aussen galt Gantz als Stimme der Mässigung und der Vernunft. Im Weissen Haus wurde er als vertrauenswürdiger Ansprechpartner geschätzt, während Joe Biden den opportunistischen Netanyahu lieber auf Distanz hielt.

Nach allem, was man weiss, war Gantz vor allem an zwei Entscheidungen massgeblich beteiligt: Einerseits konnte er Gallant und die Armeeführung zu Beginn des Krieges von der Idee eines Präventivschlags gegen den libanesischen Hizbullah abbringen. Andererseits überzeugte er Netanyahu im November von der Notwendigkeit eines Abkommens zur Befreiung von 105 Geiseln.

Der erwartete Knall ist ausgeblieben

Dennoch blieb Gantz eine blasse Figur. Er konnte nie eine effektive Führungsrolle einnehmen. Im Kriegskabinett sprach man bald nicht mehr miteinander, weil Netanyahu wichtige Entscheidungen immer wieder aufschob und sich auf seinen politischen Überlebenskampf fokussierte. Derweil wurde Gantz in den Netanyahu-treuen Medien als Bremser und Zögerer dargestellt, der einer härteren Gangart in Gaza im Weg stehe. Fortan trug Gantz seine Kritik zunehmend an die Öffentlichkeit, warf Netanyahu vor, persönliche Interessen über jene des Landes zu stellen. Bis zuletzt weibelte er erfolglos für ein erneutes Abkommen zur Freilassung von Geiseln.

Insofern ist es verständlich, dass Gantz nun abtritt – wer im Zentrum der Macht nichts erreicht, kann von aussen vielleicht mehr bewirken.

Das Kalkül des 65-Jährigen ist klar: Er will den Zusammenbruch der Netanyahu-Regierung und damit Neuwahlen erwirken, um dereinst selbst den Kurs in diesem Krieg zu korrigieren und das Land in eine sicherere Zukunft zu führen.

Doch der Knall, den er von seinem Rücktritt wohl erhofft hatte, blieb aus. Niemand ging auf die Strasse, um Benny Gantz zu unterstützen. Er konnte auch keine Abweichler aus Netanyahus Likud mit sich ziehen, nicht einmal den hadernden Verteidigungsminister Gallant. Vielmehr weist derzeit vieles darauf hin, dass sich Gantz verrechnet hat.

Ein Wahlsieg von Gantz ist nicht garantiert

Natürlich ist es gut möglich, dass Netanyahus rechts-religiöse Koalition eher früher als später zusammenbricht – sei dies, weil sich der Ministerpräsident doch noch zu einem Geiselabkommen durchringt und sich deshalb mit seinen rechtsextremen Ministern überwirft, oder weil der Streit um die Dienstpflicht für Ultraorthodoxe eskaliert. Doch selbst wenn es irgendwann zu Neuwahlen kommt, ist ein Sieg von Benny Gantz alles andere als garantiert.

Netanyahu ist nicht nur ein politischer Überlebenskünstler, sondern auch einer, der im Wahlkampf mit harten Bandagen antritt. Er wird Gantz als einen Schwächling darstellen, der Israel in seiner schwersten Stunde im Stich gelassen und die Einigkeit im Land torpediert hat. Netanyahu selbst wird sich hingegen als aufopfernden Einzelkämpfer präsentieren, der gegen alle Widerstände von innen und aussen nie seine Prinzipien verraten hat.

Vorerst wird der Abgang von Gantz aber vor allem bewirken, dass die Hardliner in Netanyahus Koalition ihren Einfluss ausbauen und dem Ministerpräsidenten noch mehr Zugeständnisse abringen können. Die israelische Regierung wird dadurch noch unberechenbarer, während der internationale Druck auf Israel weiter zunehmen dürfte. So hat Benny Gantz womöglich mehr Schaden angerichtet als abgewendet.

— —

9. SZ: UN-Sicherheitsrat für Nahost-Friedensplan:

„Hoffnungsvolles Zeichen“ für den Gazastreifen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/un-sicherheitsrat-us-friedensplan-hamas-israel-blinken-gazastreifen-gaza-lux.KimRKA4Fs7a9vtF2CkHEKr?reduced=true>

UN-Sicherheitsrat für Nahost-Friedensplan:

„Hoffnungsvolles Zeichen“ für den Gazastreifen

11. Juni 2024, 5:38 Uhr

US-Außenminister Antony Blinken gibt sich nach dem Votum des UN-Sicherheitsrats

für eine Waffenruhe optimistisch. Israels Regierung und die Hamas signalisieren vorsichtige Unterstützung.

Von Peter Burghardt, Washington

(...)

In der SZ-Printausgabe vom 12.6.2024 steht der Artikel auf Seite 1:

(...)

Am Montag hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York den Entwurf der amerikanischen Regierung mit 14:0 Stimmen abgesegnet, Russland enthielt sich.

Die Initiative, Ende Mai von US-Präsident Joe Biden vorgestellt, sieht in drei Schritten ein Ende der Gewalt, die Freilassung der Geiseln, einen Rückzug der israelischen Armee sowie den Wiederaufbau von Gaza mit massiven Hilfsleistungen vor. Am Ende stünden Vorbereitungen für eine Zwei-Staaten-Lösung, die zuletzt in weite Ferne gerückt war. (...)

Der Rücktritt von Benny Gantz aus Netanjahus Kriegskabinett erleichtert die Sache nicht. Noch komplizierter liegt der Fall, seit Israel am Wochenende vier Geiseln aus Gaza befreit und dabei viele Palästinenser getötet hatte, den palästinensischen Behörden zufolge mehr als 270.

In dieser Lage ist US-Außenminister Blinken unterwegs in Ägypten, Israel, Jordanien und Katar, ehe er Biden zum G-7-Gipfel nach Italien begleitet. In Kairo sagte Blinken zu Wochenbeginn, seine Botschaft an die Regierungen in der gesamten Region sei die: „Wenn ihr einen Waffenstillstand wollt, dann drängt die Hamas, Ja zu sagen.“ Man werde sehen, „ob wir von der Hamas eine Antwort bekommen“. Diese Antwort kann seiner Ansicht nach nur von Jahia Sinwar kommen, dem Anführer der Hamas. (...)

— —

10. Die Zeit: Krieg im Gazastreifen: Hamas übermittelt Antwort auf Vorschlag zu Waffenruhe

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-06/hamas-antwort-gazastreifen-waffenruhe>

Krieg im Gazastreifen: Hamas übermittelt Antwort auf Vorschlag zu Waffenruhe

Die Terrororganisation sei bereit, über ein Abkommen zu verhandeln, sagte ein Hamas-Sprecher. Dazu habe sie "Änderungen" eingereicht. Priorität sei, den Krieg zu beenden.

Aktualisiert am 12. Juni 2024, 8:47 Uhr

Nach monatelangen diplomatischen Bemühungen um ein Ende des Gaza-Kriegs hat die islamistische Terrororganisation Hamas nach eigenen Angaben eine Antwort auf den Vorschlag der USA für eine Waffenruhe und eine Geiselfreilassung im Gazastreifen gegeben.

Sie seien bereit, positiv zu verhandeln, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, teilten die Hamas und die kleinere Organisation Islamischer Dschihad mit. Ihre Priorität bestehe darin, den Krieg vollständig zu beenden.

Ihre Antwort stelle "die Interessen unseres palästinensischen Volkes in den Vordergrund" und betone "die Notwendigkeit eines vollständigen Stopps der anhaltenden Aggression gegen den Gazastreifen", teilten die beiden Organisationen mit. Beide Gruppen seien "bereit, sich zu engagieren, um eine Vereinbarung zu erreichen, die diesen Krieg beendet".

In ihrer Antwort fordern die Hamas und der Islamische Dschihad "einen vollständigen Stopp der Aggression" im Gazastreifen. Hamas-Sprecher Dschihad Taha sagte zudem, die Antwort der Hamas enthalte "Änderungen,

die den Waffenstillstand, den Rückzug, den Wiederaufbau und den (Gefangenen-)Austausch bestätigen". Näher ging er nicht darauf ein.

US-Regierung prüft Antwort der Hamas

Die US-Regierung verkündete, sie prüfe die Antwort der Hamas auf den Vorschlag. "Wir haben die Antwort erhalten, die die Hamas Katar und Ägypten gegeben hat, und wir prüfen sie gerade", sagte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, John Kirby, vor Journalisten.

(...)

— —

11. Domradio: Caritas ruft zu Lieferstopp für Waffen an Israel auf

Humanitäres Völkerrecht sichern

<https://www.domradio.de/artikel/caritas-ruft-zu-lieferstopp-fuer-waffen-israel-auf>

11.06.2024

Caritas ruft zu Lieferstopp für Waffen an Israel auf

Humanitäres Völkerrecht sichern

Der Hilfswerke-Verband Caritas Europa hat einen Stopp von Waffenlieferungen durch EU-Staaten an Israel gefordert. Dies sei nötig, um den vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Plan einer Waffenruhe durchzusetzen.

Das teilten die katholischen Hilfsorganisationen am Dienstag in Brüssel mit. Die EU müsse zudem humanitäre Diplomatie und jede andere Maßnahme bemühen, um die Befolgung des humanitären Völkerrechts sicherzustellen.

In dem Zusammenhang befürwortete Caritas Europa auch eine Überprüfung des Assoziierungsabkommens, durch das Israel massive Handelserleichterungen in der EU erhält.

Weiter begrüßte der Verband die Wiederaufnahme der Finanzierung des Palästinenser-Hilfswerks UNRWA durch mehrere EU-Mitgliedstaaten.

Es sei zwingend erforderlich, dass Israel humanitären Zugang und volle Unterstützung für UNRWA garantiere, damit Bedürftige mit lebenswichtiger Hilfe versorgt werden könnten.

--

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00
Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt